



Vorlage		Vorlage-Nr:	A 40/0116/WP15
Federführende Dienststelle: Schulverwaltungsamt		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	06.10.2006
		Verfasser:	A 40, Herr Ernst
Verbesserung der Sprachförderung, Ratsantrag der Grünen Fraktion im Rat der Stadt Aachen vom 20. 03. 2006			
Beratungsfolge:			TOP: __
Datum	Gremium	Kompetenz	
26.10.2006	SchA	Anhörung/Empfehlung	
26.10.2006	KJA	Anhörung/Empfehlung	
23.11.2006	SchA	Anhörung/Empfehlung	

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Erläuterungen

Beschlussvorschlag:

Der Schulausschuss sowie der Kinder- und Jugendausschuss sprechen sich gemeinsam dafür aus, das Sprachförderprojekt für Seiteneinsteiger im Grundschulbereich in der vorgestellten Art und Weise zu realisieren.

Die Schulverwaltung wird beauftragt, die von Seiten des Schulträgers erforderliche Finanzierung des Schülertransports sowie der Lehr- und Lernmittel sicher zu stellen.

Erläuterungen:

Der Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, „in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht und der RAA ein Konzept für den Grundschulbereich zu entwickeln, das Kindern, die im Grundschulalter ohne deutsche Sprachkenntnisse neu nach Deutschland kommen, eine bessere Integration und Sprachförderung ermöglicht.“

Wie in der Sitzung am 10. 05. 06 im Rahmen eines mündlichen Zwischenberichts bereits dargestellt, sind Schulverwaltung, RAA und Schulaufsicht unmittelbar nach Eingang des Antrags in entsprechende gemeinsame Gespräche und Überlegungen eingetreten.

Auf der Grundlage entsprechender Erhebungen der RAA über Zahl und Verteilung solcher „Seiteneinsteiger“ in den zurückliegenden Schuljahren auf die Stadtteile und Grundschulen wurden in einem ersten Schritt drei Grundschulen ins Auge gefasst, die

- a) erfahrungsgemäß ohnehin solche Kinder beschulen,
 - b) hinsichtlich ihrer Lage im Stadtgebiet gut erreichbar sind,
- um an diesen Schulen eventuell Fördergruppen für solche Kinder zentral einzurichten.

Im nächsten Schritt wurden diese Überlegungen dann mit den Schulleitungen der ins Auge gefassten Schulen besprochen und vertieft, und es konnte Einigkeit erzielt werden, das Vorhaben an diesen Schulen nach Möglichkeit zu realisieren.

Da ein ähnliches Projekt in der Stadt Stolberg bereits läuft, wurden dann im Rahmen eines Gespräches mit dem dort tätigen Koordinator die bereits vorliegenden Erfahrungen sowie das in Stolberg praktizierte Konzept ebenfalls in die weiteren Planungen einbezogen.

Das Ergebnis dieser gemeinsamen Planungen stellt sich derzeit im einzelnen wie folgt dar:

1. Zielgruppe:

Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter, die ohne Kenntnisse der deutschen Sprache in die Stadt Aachen zuziehen.

Nach den Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit handelt es sich hierbei um ca. 20 bis 30 Kinder pro Schuljahr, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten zuziehen und eingeschult werden müssen.

2. Organisation:

Die Eltern der neu zuziehenden Kinder werden bei der Erstberatung durch die Lehrkraft der RAA auf das in Aachen bestehende Förderangebot hingewiesen und motiviert, ihre Kinder möglichst sofort hierzu schriftlich anzumelden.

Die Anmeldung sowie entsprechende Erläuterungen werden in den gängigen Migrantensprachen (türkisch, russisch, polnisch, arabisch) übersetzt. Den Eltern werden die Notwendigkeit der Teilnahme sowie mögliche schulische und unterrichtliche Konsequenzen einer Nicht-Teilnahme erläutert.

Die Fördergruppen werden an drei Standorten angesiedelt:

KGS Beeckstraße, GGS Schönforst und KGS Hanbrucher Straße.

Die Förderung findet zweimal wöchentlich in der Zeit von 14.30 bis 16.00 Uhr nach Abstimmung mit den Schulleitungen der beteiligten Schulen statt. Die Größe der einzelnen Gruppe soll 15 Schüler/innen nicht überschreiten.

Die Schulaufsicht stellt die erforderlichen Lehrerstellenanteile für die Kursleiter/innen und eine Koordinatorin zur Verfügung.

Die Koordinatorin begleitet das Projekt in enger Abstimmung mit der zuständigen Schulaufsichtsbeamtin gemäß der in **Anlage 1** beigefügten Aufgabenübersicht.

Der ggfls. erforderliche Transport der Schülerinnen und Schüler, die andere als die drei genannten Schulen besuchen, vom Wohnort zu den Fördergruppen wird durch das Schulverwaltungsamt in enger Zusammenarbeit mit der RAA organisiert .

Die erforderlichen Lehr- und Lernmittel werden ebenfalls vom Schulträger bereitgestellt.

Die Schülerinnen und Schüler sind über den GUV versichert.

3. Inhaltliches Konzept des Sprachförderprojekts:

Eine Übersicht zum mit der Schulaufsicht abgestimmten inhaltlichen Konzept zur Ausgestaltung des Sprachförderprojekts ist der Vorlage als **Anlage 2** beigefügt.

4. Finanzierung:

Die Höhe der erforderlichen Transportkosten kann naturgemäß derzeit nicht exakt beziffert werden.

Die Schulverwaltung wird von daher zunächst versuchen, diese Kosten aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln für Schülerfahrtkosten zu finanzieren.

Sollten die Erfahrungen zeigen, dass hierfür zusätzliche Finanzmittel in den entsprechenden Haushaltspositionen benötigt werden, wird die Schulverwaltung in Abstimmung mit der Kämmerei nach Deckung suchen und ggfls. die zuständigen politischen Gremien beteiligen.

Die Finanzierung der Lehr- und Lernmittel kann ebenfalls zunächst aus vorhandenen Mitteln der sogenannten „freien Spitze“ erfolgen.

5. Schlussbemerkung:

Schulaufsicht, Schulverwaltung und RAA sind gemeinsam der Auffassung, dass das geplante Sprachförderprojekt für die sogenannten „Seiteneinsteiger“ im Grundschulbereich eine sinnvolle und

zwingend erforderliche Ergänzung aller bisher bestehenden Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Aachen darstellt.

Hierdurch wird auch den Kindern eine Chance auf möglichst schnellen und gezielten Erwerb der deutschen Sprache eröffnet, die bislang mit den Fördermöglichkeiten des Regelsystems nur unzureichend und in der Regel zu spät erreicht werden können.

Die hierbei gelungene gute Kooperation zwischen Schulaufsicht, Schulen und Schulträger wird von beiden Seiten als richtungsweisend für die Zukunft betrachtet.

Das hiermit verbundene finanzielle Engagement des Schulträgers im Bereich der Transportkosten sowie der Lehr- und Lernmittel erscheint im Sinne des Ansatzes einer „erweiterten Schulträgerschaft“, d. h. der Übernahme kommunaler Mitverantwortung im Bildungsbereich durchaus als angemessen.

Vor diesem Hintergrund wird die Zustimmung zum geplanten Projekt von allen Beteiligten empfohlen.

Anlage/n:

- Aufgaben der Koordinatorin
- Konzept der Planungseinheit
- Ratsantrag der Grünen Fraktion im Rat der Stadt Aachen vom 20. 03. 2006